



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN

Informationen zum Datenschutz für Bewerberinnen und Bewerber nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1 Kontaktdaten für datenschutzrechtliche Angelegenheiten

1.1 Für die Verarbeitung Verantwortlicher

Anschrift: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 123-0
E-Mail: poststelle@fm.bwl.de

1.2 Datenschutzbeauftragte/r beim Ministerium für Finanzen

Anschrift: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg
Datenschutzbeauftragte/r
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 123-0
E-Mail: datenschutz@fm.bwl.de

2 Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung (Art. 4 Nr. 2 DSGVO) Ihrer personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten Ihre Bewerbungsdaten, um beurteilen zu können, ob Sie die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung für die Stelle, auf die Sie sich bewerben, besitzen. Für das Finanzministerium ergeben sich die rechtlichen Vorgaben für das Auswahlverfahren insbesondere aus Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und dem Haushaltsrecht.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitungen im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Begründung eines Beamten-/ Beschäftigten-/Praktikantenverhältnisses ist über Art. 88 DSGVO und §§ 4, 15 Landesdatenschutzgesetz in Verbindung mit den §§ 83 bis 85 Landesbeamtengesetz Baden-Württemberg.

3 Empfänger der personenbezogenen Daten

Empfänger der in den Bewerbungsunterlagen enthaltenen personenbezogenen Daten sind die jeweils zuständigen Personalverantwortlichen, sowie die Personalvertretungen, die/der Beauftragte für Chancengleichheit und ggf. die Schwerbehindertenvertretung. Dies beinhaltet zudem die Weiterleitung von Bewerbungsunterlagen und Daten, welche an das Team FinanzenBW gerichtet sind. Soweit das Ministerium für Finanzen nicht selbst eine entsprechende Stelle besetzt, werden die Bewerbungsunterlagen an die zuständigen Personalverantwortlichen in den nachgeordneten Behörden des Ministeriums für Finanzen weitergeleitet. Zu diesen Behörden gehören die Oberfinanzdirektion Karlsruhe, das Landesamt für Besoldung und Versorgung, die Landesbetriebe Vermögen und Bau und Bundesbau, die Staatliche Münze, das Statistische Landesamt und die Wilhelma.

4 Speicherdauer

Ihre personenbezogenen Daten/ Bewerbungsunterlagen werden zwei Monate nach dem Zugang der Ablehnung vernichtet, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist oder der Bewerber/die Bewerberin einer längeren Speicherung explizit zustimmt.

5 Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Rechtmäßigkeit des durchzuführenden Auswahlverfahrens erforderlich. Das Fehlen von relevanten personenbezogenen Daten in den Bewerbungsunterlagen kann die Nichtberücksichtigung bei der Vergabe des Dienstpostens/der Stelle zur Folge haben. Für das Finanzministerium ergeben sich die rechtlichen Vorgaben für das Auswahlverfahren insbesondere aus Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und dem Haushaltsrecht. Danach ist die Auswahlentscheidung nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu treffen.

6 Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.)

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus den Artikeln 15 bis 18, 21 und 77 der DSGVO.

Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)

Sie können Auskunft über Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie unverzüglich eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

Recht auf Löschung/„Recht auf Vergessenwerden“ (Artikel 17 DSGVO)

Sie können unter bestimmten Voraussetzungen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die daran anknüpfende Verpflichtung der verarbeitenden Stelle zur unverzüglichen Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von den Verantwortlichen zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem nicht nachgegeben werden, wenn der Verantwortliche zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen. Dies ist die/der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationssicherheit Baden-Württemberg.

Die Kontaktdaten lauten:

Landesbeauftragte/r für den Datenschutz
und die Informationssicherheit Baden-Württemberg
Postfach 10 29 32
70025 Stuttgart
Telefon: 0711 615541-0
Telefax: 0711 615541-15
E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten:

In einigen Fällen kann oder darf Ihrem Anliegen nicht entsprochen werden. Sofern Ihrem Anliegen aus gesetzlichen Gründen nicht entsprochen werden kann oder darf, wird Ihnen der Grund für die Verweigerung mitgeteilt.

Ihr
Ministerium für Finanzen
Baden-Württemberg
- Personalreferat -